

Kein Thema?!

Informationsfreiheit und Nachrichtenvernachlässigung.

Von Hektor Haarkötter

Abstract Die Meinungs- und Pressefreiheit auf der einen Seite und die Informationsfreiheit auf der anderen Seite können miteinander in Konflikt geraten. Dem Recht, journalistische Geschichten zu erzählen oder eben auch nicht zu erzählen, steht das Recht der Bürger gegenüber, alle gesellschaftlich relevanten Informationen zu erhalten. Gründe für Nachrichtenvernachlässigung können mithilfe einer subtraktiven Nachrichtenwerttheorie angegeben werden. Zu diskutieren sind außerdem Agenda Cutting, journalistisches Mainstreaming und fehlende Diversity in Medienberufen. Gemildert werden kann der medienethische Normenkonflikt durch eine an klassischen Vorbildern orientierte Nachrichtenaufklärung.

Der Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie Grundrechtskataloge von der Charta der Menschenrechte bis zum deutschen Grundgesetz (GG) auführen, steht die Informationsfreiheit gegenüber, die in der Fassung von Art. 5 GG jenes Recht formuliert, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“. Die erstgenannten Rechte der Meinungs- und Pressefreiheit scheinen sich recht einseitig auf die Sphäre der Kommunikatoren zu beziehen, wenn man die scharfe Trennung von „Kommunikatoren“ und „Rezipienten“ beibehalten will, wie sie paradigmatisch Gerhard Maletzke formulierte und wie sie sich seitdem in der Kommunikationswissenschaft etablierte (Maletzke 1963, S.43ff.). Das Recht der Informationsfreiheit dagegen müssen sich die Kommunikatoren mit den Rezipienten teilen: Im einen Fall muss die Informationsfreiheit dafür herhalten, grundlegende Rechte des „information retrieval“ und damit eine Recherechefreiheit zu etablieren, deren Inanspruchnahme auch als Ausweis journalistischer Qualität dient (vgl. Ruß-Mohl 2008, S. 327; Welker 2012, S. 45; Haarkötter 2015a, S. 269). Im Fall der Rezipienten wird aus dem Informationsfreiheitsrecht ein allgemeines Informationsrecht,

Prof. Dr. Hektor Haarkötter ist Professor an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln sowie geschäftsführender Vorsitzender der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ (INA).

das so weit interpretiert werden kann, dass dem Rezipienten als Staatsbürger keine Informationen zurückgehalten werden dürfen. Dieser Gedankengang mündete beispielsweise im Informationsfreiheitsgesetz, wie es 2006 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist (Mecklenburg/Pöppelmann 2007, S. 16f.). Nun ergibt sich allerdings ein intrikater ethischer Konflikt zwischen der Meinungs- und Pressefreiheit hier und der Informationsfreiheit da, wenn man Meinungs- und Pressefreiheit so interpretiert, dass sie die Freiheit beinhaltet, zu veröffentlichen und *nicht* zu veröffentlichen, was man möchte. Denn damit wird aus den Selektionsmechanismen der jour-

nalistischen Nachrichtenproduktion ein Selektionsrecht, das zum Informationsrecht des Publikums in ein Missverhältnis geraten kann: Die Rezipienten haben grundsätzlich ein Recht darauf, *alles* zu erfahren, die Journalisten haben aber auch ein Recht, nicht al-

les zu publizieren. Gewisse affektive Entladungen, die es gerade in letzter Zeit zwischen den beiden Polen des massenkommunikativen Feldschemas gab, könnten ihre Ursache gerade in diesem Normenkonflikt haben (vgl. Überall 2016, S. 75). Wodurch das Informationsrecht der Bürger in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, das soll im Folgenden dargestellt werden.

Vor zwanzig Jahren wurde die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ (INA) an der Universität Siegen nach amerikanischem Vorbild gegründet.

Nachrichtenaufklärung

Vor nunmehr zwanzig Jahren wurde an der Universität Siegen die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ (INA) e.V. gegründet. Vorbild ist das US-amerikanische „Project Censored“. Die INA hat sich zum Ziel gesetzt, auf vernachlässigte Themen und Geschichten in den deutschen Medien hinzuweisen. Einmal im Jahr wählt eine Jury aus Wissenschaftler_innen, Journalist_innen und Student_innen die „Top Ten der vergessenen Nachrichten“. Diese werden, nach intensiven Diskussionen, aus einem Bündel von meist um die dreißig Themenvorschlägen und Rechercheprotokollen ausgewählt, die in studentischen Rechercheseminaren an verschiedenen deutschen Hochschulen erarbeitet wurden. Grundlage der Recherche sind Themeneinreichungen aus der Bevölkerung, von denen über die Website der Initiative jedes Jahr um die 300 eingehen. Die Recherchen unterliegen einem mehrstufigen Verfahren, bei dem im ersten Schritt eine Sachverhaltsrecherche („fact-checking“) betrieben wird, um herauszufinden, ob das eingereichte Thema überhaupt eines ist. Im zweiten Schritt wird die gesellschaftliche Rele-

vanz des Themas untersucht. Im dritten Schritt wird eine Medienanalyse angestrengt, bei der durch Abfrage von Pressedatenbanken und Onlinediensten die mediale Vernachlässigung geprüft wird. Dieser letzte Schritt wird häufig ergänzt durch Interviews mit Ressortleiter_innen oder Fachjournalist_innen, die nach ihrer persönlichen Einschätzung der medialen Vernachlässigung und der Relevanz des in Rede stehenden Themas befragt werden. Als Kriterien nennt die INA, dass es sich um Themen handeln solle, die

- ▶ der Bevölkerung in Deutschland (und Europa) bekannt sein sollten, zu denen sie aber nur eingeschränkten oder gar keinen Zugang hat;
- ▶ für einen Großteil der Bevölkerung relevant sind;
- ▶ eindeutig konzipiert sind und auf zuverlässigen, überprüf-
baren Quellen basieren;
- ▶ trotz ihrer Bedeutung noch nicht von den Medien (Tageszeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenbriefe, Rundfunk, Fernsehen, Internet u.a.) aufgegriffen bzw. recherchiert und veröffentlicht wurden.

Neben der Wahl der „Top Ten der vergessenen Nachrichten“ forscht die INA nach den Gründen für Nachrichtenvernachlässigung und stellt ihre Forschungsergebnisse in Publikationen und Fachveranstaltungen zur Diskussion (vgl. Ludes/Schanze 1999; Pöttker/Haddouti 2007; Haarkötter 2015b; Haarkötter/Nieland 2017). Seit dem Jahr 2015 veranstaltet die Initiative in Kooperation mit dem Deutschlandfunk das „Kölner Forum für Journalismuskritik“, bei dem Wissenschaftler und Journalisten gemeinsam über Nachrichtenselektion und Themenvernachlässigung diskutieren. Im gleichen Jahr hat die INA zum ersten Mal den „Günter-Wallraff-Preis für Journalismuskritik“ ausgelobt, der seitdem jährlich vergeben wird. Der Namenspatron dieses medienkritischen Preises ist selbst Jury-Mitglied der INA. Einige der Gründe für Nachrichtenvernachlässigung, wie sie aktuell gerade im Dilemma aus Meinungs- versus Informationsfreiheit in der Diskussion sind, sollen im Folgenden skizziert werden.

Negative Nachrichtenwerttheorie

Mit der Frage, welche Ereignisse überhaupt journalistisch in den Medien abgebildet werden, beschäftigen sich innerhalb der Journalismusforschung die Nachrichtenselektionstheo-

rien, von denen die bedeutendste die Nachrichtenwerttheorie ist (vgl. Lippmann 2008, S.274 f.; Galtung/Ruge 1965; Maier et al. 2010). Kurz gesagt ist die Nachrichtenwerttheorie eine Additionstheorie, bei der der Nachrichtenwert oder „news value“ sich aus der Summe der addierten Nachrichtenfaktoren ergibt, zu denen unter anderem Relevanz, lokale Nähe, Prominenz, Medienadäquatheit etc. zählen. Während dieser Ansatz heute in der Kommunikationswissenschaft häufig affirmativ rezipiert und etwa in der Journalistenausbildung als Orientierungskatalog unterrichtet wird (vgl. Ruhrmann/Göbbel 2007, S. 19ff.), war der Ansatz von Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge in den 1960er-Jahren ein medienkritischer: Als Friedensforscher und Begründer des „Journal of Peace Research“ (in dem ihr „klassischer“ Aufsatz zum Thema auch erschienen ist) haben sie die Gründe erforscht, warum schwerwiegende und für die Gesellschaft relevante internationale Konflikte wie die Kongo-, die Kuba- oder die Zypern-Krise so wenig *Value* in den News hatten. Aus dieser Perspektive kann man den News *Value*-Ansatz auch subtraktiv sehen und zu einer negativen Nachrichtenwerttheorie uminterpretieren: Je mehr Nachrichtenfaktoren von einem Ereignis subtrahiert werden, umso schwerer wird es, zur Nachricht zu werden. Eine subtraktive oder negative Nachrichtenwerttheorie (um nicht vom „Nachrichtenunwert“ zu sprechen) zeichnet sich nach Jürgen Gerhards durch folgende Merkmale aus:

- ▶ prominente Akteure werden überrepräsentiert;
- ▶ nationale (oder regionale) Tatsachen rangieren vor internationalen;
- ▶ unmittelbarer Rezipientenbezug wird präferiert;
- ▶ kontinuierlichen Prozessen wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt;
- ▶ stereotype Erwartungen werden eher bestätigt;
- ▶ gewaltsame, kontroverse, erfolgreiche oder wertverletzende Tatsachen werden überbetont;
- ▶ komplexe Zusammenhänge werden seltener oder nur in personalisierter und emotionalisierter Form thematisiert (Gerhards 1991, S.25; vgl. Schicha 2007, S.27f.).

Die Folgerung daraus war für Galtung und Ruge klar. Nachrichtenfaktoren sind für sie kein Orientierungsmaßstab, sondern ein Desorientierungsmaßstab und müssen umgangen werden: „The policy implications of this article are rather obvious: try

to counteract all twelve factors“ (Galtung/Ruge 1965, S. 84; vgl. auch Vock 2007, S. 37). Die negative Nachrichtenwerttheorie beschreibt die Nachrichtenvernachlässigung auf der Ebene redaktioneller Routinen. Es gibt aber auch im Bereich individueller oder institutioneller journalistischer Entscheidungen und damit im engeren Sinne im Bereich der Inanspruchnahme von Presse- und Meinungsfreiheit Formen der bewussten Vernachlässigung von Nachrichten, die damit eher in den Kreis medienethischer Überlegungen gehören.

Agenda Cutting

Eine deutliche Form bewusster Ausblendung von für die Gesellschaft relevanten Nachrichten ist das *Agenda Cutting*. Mit dem Begriff wird der Sachverhalt beschrieben, dass News-Selektion nicht nur darin besteht, bestimmte Ereignisse in die Nachrichten zu bringen, sondern auch darin, bestimmte Tatsachen bewusst aus den News herauszuhalten. Dies kann verschiedene Motive haben, unter denen die politischen und die kommerziellen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung herausragen. Die politischen Motive für Agenda Cutting hat der Politologe Thomas Meyer in seiner Philippika gegen einen mutmaßlich demokratisch nicht kontrollierten politischen Einfluss der sogenannten Alpha-Journalisten thematisiert (Meyer 2015). Laut Meyer sei eine „tonangebende Kerngruppe des politischen Journalismus“ geprägt von drei Mechanismen, die „zunehmend für publizistische Konvergenz sorgen“:

- ▶ neubürgerliche Positionen, die neoliberalen Dogmen folgen und „handfeste ökonomische Eigeninteressen“ mit einer „Geringschätzung der sozialen Solidarität“ kombinieren (ebd., S.128);
- ▶ karrierebezogene Abhängigkeiten inklusive einer ausgedehnten Gruppensolidarität, die den Journalismus überhaupt erst kampagnenfähig mache (ebd., S.130);
- ▶ ein „Mangel an sozialer Empathie“, was dazu führe, dass es Journalist_innen heute laut Umfragen nicht mehr wie früher darum gehe, gesellschaftliche Missstände zu problematisieren (ebd., S.133).

Die kommerziellen Ursachen sind vor allem in der Prädominanz der Public Relations in der öffentlichen Kommunikation zu suchen. Wie Stefan Ruß-Mohl et al. (2007, S. 7) betonen, stehen heute einem Journalisten vier PR-Leute gegenüber. Als

interessengeleitete Information ist Agenda Cutting hier systemisch und wird allein durch das schiere Zahlenverhältnis ein Einflussfaktor im *News Game*. Zum Instrumentarium von PR-induziertem Agenda Cutting zählen das „Spinning“, explizite „Falschmeldungen“/„Lügen“, die Reduzierung von Information auf Pflichtauskünfte bis hin zur Informations- und Interviewverweigerung (vgl. Knödler 2012, S. 214 f.). Durch die zunehmende „PRisierung“ der politischen Kommunikation sind dies im übrigen Instrumente, die auch in diesem Feld Einzug halten. So klagen politische Journalisten schon geraume Zeit, dass Politiker kritische Interviews zugunsten opportunerer Formen der Verlautbarung verweigern (vgl. Hage 2002; Gehringer 2015). Agenda Cutting ist in bestimmten Grenzen in Bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit durchaus legitim. Die Grenzen sind einerseits bewusste Des- oder Falschinformation, vor allem wenn es um gesellschaftlich relevante Sachverhalte geht, andererseits im Falle behördlicher Öffentlichkeitsarbeit die Informationspflichten gegenüber den Bürger_innen. Hier wiegt heute bereits das Informationsrecht höher als eine präsumtive behördliche Meinungsfreiheit.

Journalistisches Mainstreaming

Der Leipziger Kommunikationswissenschaftler Uwe Krüger beschreibt, wie Medien gegenüber ihrem Publikum eine „pädagogisch-paternalistische Haltung“ eingenommen hätten, die in „gefühlte Bevormundung“ umgeschlagen sei. Die veröffentlichte journalistische Meinung hätte sich auf einen schwarz-rot-grünen Konsens eingeschwungen, der zu einem journalistisch-gesellschaftlichen „Mainstream“ verschmelze (Krüger 2016, S. 72). Dabei würden aber relevante gesellschaftliche Teilbereiche aus der journalistischen Wahrnehmung ausgeschlossen. Krüger bezieht sich damit auf W. Lance Bennetts Konzept des „Indexing“. Danach würden die großen Medien aus der Spanne politischer Meinungen nur die herausgreifen, die in der offiziellen politischen Debatte, also in Parlament und Regierung, diskutiert würden. Journalismus sei keine kritische Eigenleistung, sondern nur ein „Index“ der Mehrheits- oder Regierungsmeinung (Bennett 1990, S. 103ff.). Was dabei herauskomme, sei eine politisch-korrekte Berichterstattung, die ausblende, was nicht in diesen Mainstream passe, wenn zum Beispiel zu wenig zwischen den „relativ wenigen Rechtsextremen und den relativ

„Journalismus ist keine kritische Eigenleistung, sondern nur ein „Index“ der Mehrheits- und Regierungsmeinung.“

vielen Rechten“ differenziert werde (ebd., S. 75). Medienethisch wäre allerdings zu fragen, wie die Alternative aussähe. Eine präsupponierte „schwarz-rot-grüne Koalition“ deckt immerhin nahezu das komplette politische Spektrum der aktuell demokratisch in den deutschen Bundestag gewählten Parteien ab. Hier wird nicht medial ein Mainstream konstruiert, sondern dies *ist* der Mainstream und definiert, was politisch Fakt ist. Berichterstattung jenseits dieser Faktenbasis wäre dann womöglich die jüngst vielzitierte postfaktische. Ferner wäre zu überlegen, was denn die publizistische und medienethische Alternative zu jenem von Krüger apostrophiertem „pluralistischem Relativismus“ wäre, der nach den Maßgaben von „Multikulturalität und Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz, Gleichstellung und Minderheitenschutz, Antidiskriminierung und Gender Mainstreaming“ agiert und publiziert (ebd., S. 73). Es hieße ja, den Normenkonflikt nicht zu verkleinern, sondern eminent zu vergrößern, wenn zum Schutze von Meinungs- und Informationsfreiheit nun Monokulturalität und Einfalt, Nationalismus und Intoleranz, Ungleichstellung und Mehrheitenschutz, Diskriminierung und Sexismus das Wort geredet werden sollte. Anti-Mainstreaming stünde also in Gefahr, unter dem Vorwand des Schutzes der Informationsfreiheit das deliberative Geschäft der (Nachrichten-) Aufklärung insgesamt zu desavouieren.

Fehlende „Diversity“

Ein anderer Einwand, der häufiger geäußert wird, wenn die Meinungsfreiheit der Produzenten gegen die Informationsfreiheit der Konsumenten positioniert wird, ist die fehlende „Diversity“ in der Berufsgruppe der Journalist_innen. Es wird festgestellt, dass Journalist_innen häufig der akademisch geprägten gehobenen Mittelschicht entstammten: „Das gesellschaftliche Milieu, dem eine Journalistin entstammt und in dem sie sich in ihrem Alltag bewegt, beeinflusst auch ihre Nachrichtenauswahl“ (Vock 2015). Ursprünglich war „diversity“ ein Kampfbe-griff der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, um rassistisch Unterprivilegierten Chancengleichheit zu erstreiten (vgl. Parillo 2009, S. 99ff.). Ob ein solcher Begriff sich auf unterschiedliche Bildungsmilieus übertragen lässt, müsste sorgfältig erörtert werden. Immerhin ist Journalismus, wie Stephan Ruß-Mohl einmal feststellte, weniger Hand-, als Kopfwerk, also eine intellektuelle Tätigkeit (Ruß-Mohl 1994, S. 95). Dass diese von Menschen aus der intellektuellen Sphäre ausgeübt wird, ist tautologisch. Der empirische Nachweis, dass dies die Nach-

richtenauswahl beeinflusst und damit die Informationsfreiheit der Rezipienten einschränkt, ist zudem schwierig und bislang noch nicht erbracht. Ähnlich verhält es sich mit dem Vorwurf politischer Einseitigkeit des Journalistenstands: Nach der letzten großen Journalistenbefragung fühlten sich 36 Prozent den Grünen nahe, 26 Prozent der SPD, aber nur 9 Prozent der Journalist_innen verspürten eine Neigung zur CDU (Weischenberg u.a. 2006, S.71). Dass dies die Informationsfreiheit der Bürger_innen einschränkt, ist aber nicht gesagt. Immerhin stehen dieser Vermutung Kontraindikationen gegenüber wie der Tendenzschutz mittelständischer Verlegerfamilien, die eher nicht im Ruch stehen, Rotgrün nahezustehen, oder die ausgeklügelten Systeme politischer Einflussnahme in den Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Fazit: Informational Divide

Ist die Informationsfreiheit der Bürger durch die Pressefreiheit der Journalisten bedroht? Diese Frage lässt sich unter Rückgriff auf die gängigen kommunikationswissenschaftlichen Theorien und die vorliegenden empirischen Ergebnisse nicht eindeutig beantworten. Dass hier ein medienethischer Konflikt herrscht, liegt auf der Hand. Bürger_innen haben ein Recht, auch jene journalistischen Geschichten erzählt zu bekommen, die Journalist_innen (aus welchen Gründen auch immer) ihnen nicht erzählen wollen. Andererseits sind Journalisten nicht in der Pflicht, jedes (Des-)Informationsinteresse der Bürger zu befriedigen. Zum Problem wird dieser Konflikt, wenn die öffentliche Kommunikation dysfunktional wird, sprich: wenn für gesellschaftliche Entscheidungen relevante Informationen

den Soverän nicht mehr erreichen und ein „Informational Divide“ entsteht. Dieser Fall könnte auch eintreten, wenn die ökonomische Basis für Journalist_innen wegbricht. Was hilft schließlich eine Pressefreiheit, wenn niemand es sich mehr leisten kann,

sie in Anspruch zu nehmen? Eine Lösung könnte in der Vergesellschaftung journalistischer Informationsressourcen in Form einer „Wissens-Almende“ bestehen (vgl. Funiok 2011, S.181), beispielsweise indem alle Agenturmeldungen frei zugänglich wären. Solange dies nicht realisierbar ist, kann der Konflikt heute durch neue Informationsmöglichkeiten im Internet abgemildert werden, allerdings häufig auf Kosten von Validität und Qualität der dargebotenen Informationen.

Nachrichtenaufklärung stellt den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten informationellen Unmündigkeit dar.

Nachrichtenaufklärung tut also not. Sie stellt, um den alten Leitsatz Immanuel Kants abzuwandeln, den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten informationellen Unmündigkeit dar. Beteiligt sind an diesem Geschäft der Aufklärung ganz wesentlich der klassische Medienjournalismus, Watchblogs im Internet und Organisationen wie die „Initiative Nachrichtenaufklärung“.

Literatur

- Bennett, W. Lance (1990): *Toward a Theory of Press-State Relations in the United States*. In: *Journal of Communication*, 40. Jg., H. 2, S. 103-125.
- Funiok, Rüdiger (2011): *Medienethik. Verantwortung in der Mediengesellschaft*. Stuttgart.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): *The Structure of Foreign News*. In: *Journal of Peace Research*, 47. Jg., H. 1, S. 64-91.
- Gehring, Thomas (2015): „Politiker gehen lieber in Talkshows.“ Interview mit „Monitor“-Chef Georg Restle. In: *Der Tagesspiegel* vom 21.5., <http://www.tagesspiegel.de/medien/interview-mit-monitor-chef-georg-restle-politiker-gehen-lieber-in-talkshows/11803864.html> (zuletzt aufgerufen am 4.11.2016).
- Gerhards, Jürgen (1991): *Die Macht der Massenmedien und die Demokratie – Empirische Befunde*. Berlin.
- Haarkötter, Hektor (2015a): *Die Kunst der Recherche*. Konstanz/München.
- Haarkötter, Hektor (2015b): *Wie kommt die Nachricht (nicht) in die Medien?* In: Thoden, Ronald (Hg.): *ARD & Co. Wie Medien manipulieren*. Bd. 1. Frankfurt am Main, S. 172-185.
- Haarkötter, Hektor/Jörg-Uwe Nieland (2017): *Nachrichten und Aufklärung*. 20 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung. Wiesbaden (in Vorbereitung).
- Hage, Simon (2002): *Politikmagazine von ARD und ZDF klagen über die Interview-Verweigerung von Politikern: Lieber zu Beckmann*. In: *Berliner Zeitung* vom 14.2., <http://www.berliner-zeitung.de/16682466> (zuletzt aufgerufen am 4.11.2016).
- Knödler, Torsten (2012): *Public Relations und Wirtschaftsjournalismus. Erfolgs- und Risikofaktoren für einen win-win*. Wiesbaden.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München.
- Lippmann, Walter (2008): *Public Opinion*. Thousand Oaks.
- Ludes, Peter/Schanze, Helmut (Hg.) (1999): *Medienwissenschaften und Medienwertung*. Opladen/Wiesbaden.
- Maier, Michaela/Stengel, Karin/Marschall, Joachim (2010): *Nachrichtentheorie*. Baden-Baden.
- Maletzke, Gerhard (1963): *Psychologie der Massenkommunikation*. Hamburg.

- Mecklenburg, Wilhelm/Pöppelmann, Benno H. (2007): *Informationsfreiheitsgesetz: Gesetzestexte, Kommentierungen, Fallbeispiele, Erläuterungen*. Bonn.
- Meyer, Thomas (2015): *Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren*. Berlin.
- Parillo, Vincent N. (2009): *Diversity in Amerika*. Thousand Oaks.
- Pöttker, Horst (1999): *Initiative Nachrichtenaufklärung: Zwölf Thesen über das öffentliche (Ver-)Schweigen*. In: Ludes, Peter/Schanze, Helmut (Hg.): *Medienwissenschaften und Medienwertung*. Opladen/Wiesbaden, S. 161-170.
- Pöttker, Horst/Schulzki-Haddouti, Christiane/Eberwein, Tobias (Hg.) (2007): *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung*. Wiesbaden.
- Ruhrmann, Georg/Göbbel, Roland (2007): *Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland*. In: *Netzwerk Recherche e.V. (Hg.): Abschlussbericht April 2007*. Wiesbaden.
- Ruß-Mohl, Stephan (1994): *Der I-Faktor. Qualitätssicherung im amerikanischen Journalismus. Modell für Europa?* Zürich.
- Ruß-Mohl, Stephan (2008): *Qualität*. In: Hachmeister, Lutz (Hg.): *Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch*. München, S. 327-332.
- Ruß-Mohl, Stephan/Zavaritt, Giovanni/Merkel Bernd (2007): *A Complicated, Antagonistic & Symbiotic Affair: Journalism, Public Relations and their Struggle for Public Attention*. Bellinzona.
- Schicha, Christian (2007): *Vernachlässigung als Thema. Nachrichtenaufklärung trotz Nachrichtenfaktoren*. In: Pöttker, Horst/Schulzki-Haddouti, Christiane/Eberwein, Tobias (Hg.): *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung*. Wiesbaden, S. 25-35.
- Vock, Rita (2007): *Was gilt als wichtig? Über die strukturelle Vernachlässigung von Nachrichten*. In: Pöttker, Horst/Schulzki-Haddouti, Christiane/Eberwein, Tobias (Hg.): *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung*. Wiesbaden, S. 35-54.
- Vock, Rita (2015): *Radionachrichten: Zu wenig Mut. Zu viele Handtücher*. <http://www.radio-machen.de/2015/10/17/radionachrichten-zu-wenig-mut-zu-viele-handtuecher/> (zuletzt aufgerufen am 6.11.2016).
- Überall, Frank (2016): *Fünfte versus Vierte Gewalt: Journalismus unter Beschuss*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 60. Jg., H. 4, S. 75-82.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz.
- Welker, Martin (2012): *Journalistische Recherche als kommunikatives Handeln. Journalisten zwischen Innovation, Rationalisierung und kommunikativer Vernunft*. Baden-Baden.